**Zeitschrift:** Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

**Herausgeber:** Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

**Band:** 71 (1980)

**Heft:** 20

**Artikel:** Zur Frage der Beziehungen zwischen Energieversorgungsunternehmungen, Staat und Öffentlichkeit

**Autor:** Schweikert, H.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-905288

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Zur Frage der Beziehungen zwischen Energieversorgungsunternehmungen, Staat und Öffentlichkeit

Von H. Schweikert

*Energiefragen sind in zunehmendem Masse mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umfeld verknüpft, was die Lösung von Energieproblemen schwieriger macht. Die Beziehungen zwischen Elektrizitätswerk, Staat und Stromkonsument sind deshalb aufgrund der veränderten Verhältnisse neu zu überdenken, damit den Bedürfnissen und Wünschen der Öffentlichkeit besser Rechnung getragen werden kann.*

*Les problèmes énergétiques ayant un aspect économique et social toujours plus marqué, leur résolution se complique. Il convient de tenir davantage compte des besoins et des désirs du public, et pour cela il faut reconsidérer les rapports entre les entreprises d'électricité, l'Etat et les consommateurs.*

## 1. Einleitung

Die Beziehungen zwischen den Unternehmungen der leitungsgebundenen Energieversorgung («Werke») und der Öffentlichkeit haben sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Das Beispiel der Elektrizitätswerke zeigt, wie die Wahrnehmung bisher unbestrittener Aufgaben plötzlich in das Spannungsfeld übergeordneter politischer Interessen hineingezogen werden kann. Es ist aber nicht nur die Elektrizitätswirtschaft, welche ihre Problemlosigkeit, vor allem auf Grund der Auseinandersetzung um die Atomenergie, verloren hat. Das Energieproblem ist universeller Natur. Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik stehen zur Debatte: Wachstum und Umweltschutz, Rationalisierung und Beschäftigung.

Die kommunalen und kantonalen Werke bilden das letzte Glied in der langen Kette der Energieversorgung vom – in vielen Fällen ausländischen – Produzenten bis hin zum Konsumenten. Erst am Ende dieser Kette, beim Konsumenten, fallen aber letztlich die Entscheidungen über Wachstum und Einsparung an Energie und über die strukturelle Entwicklung des Energieumsatzes, welche für den weiteren Gang der Wirtschaft ausschlaggebend sind. Ob sie es wollen oder nicht, sehen sich deshalb die Werke Fragen von grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Bedeutung gegenüber, für deren Beantwortung sie nicht immer ausreichend gerüstet sind und die bis heute auch nicht zu ihrem offiziellen Aufgabenbereich gehören.

Da die Werke in der Regel staatlicher Einflussnahme unterliegen, erhalten ihre Leiter allgemeine Direktiven unmittelbar aus dem politischen Raum. Viele politische Forderungen, welche heute an die Werke herangetragen werden, lassen sich aber angesichts der Bedürfnisse der modernen Industriegesellschaft nicht ohne weiteres verwirklichen. Die Gestaltung der Wechselbeziehungen zwischen Werk, staatlichen Behörden und Öffentlichkeit ist aus diesem Grunde besonders wichtig. Wie sind diese Beziehungen in die allgemeinen politischen Zusammenhänge einzuordnen? Wie kann das in mancher Hinsicht gestörte Verhältnis zwischen diesen drei Bereichen verbessert werden? Und welchen Beitrag können die Werke an die Lösung der Energieprobleme leisten?

## 2. Im Zentrum des Unbehagens

Es liegt wohl an der Funktion der Werke als öffentliche Energieverteiler, dass sich ein grosser Teil des Unbehagens über die wirtschaftliche und technische Entwicklung auf sie konzentriert. Viele Bürger fühlen sich technologischen Prozessen ausgeliefert, die sie nicht durchschauen, und verlangen deshalb die Überwachung der Technik durch die Gesellschaft. Das Werk erscheint ihnen dann als willkommenes politisches Instrument, denn schliesslich «gehört es ja ihnen selbst», und sie haben folglich ein Recht darauf, politischen Einfluss zu nehmen.

Eine zweite Form des Unbehagens beruht auf einer eher entgegengesetzten Erscheinung. Viele Bürger glauben sich besser in der Lage als die Fachleute, in energiepolitischen Angelegenheiten mitzureden. Von «allwissenden» Journalisten und selbsternannten «Experten» wird ihnen weisgemacht, dass ja alle Probleme lösbar seien, wenn man nur dieses oder jenes Rezept befolge. Wozu bauen wir denn Atomkraftwerke, wenn es auf einfache Weise möglich ist, genügend elektrische Energie mit dezentralen Anlagen für Wärme-Kraft-Kopplung zu erzeugen? Gestatten wir doch den Privaten, Elektrizität ins öffentliche Netz einzuspeisen! Verwenden wir doch die Abwärme der Industrie zum Heizen, anstatt sie nutzlos in die Atmosphäre und in die Gewässer einzuleiten!

Hinter derartigen Schlagworten verbirgt sich nicht immer nur ein Mangel an Fach- und Tatsachenwissen. Oft handelt es sich auch um die bewusste Irreführung der Öffentlichkeit zwecks Durchsetzung von Partikularinteressen wie z.B. Verhinderung von Atomkraftwerken durch einzelne Gruppen, die mit Hilfe gezielter einseitiger Information die Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen versuchen. Es bedarf dann nur noch eines Hinweises auf die «Monopolstellung» der Werke und auf die personelle Verflechtung mit der staatlichen Verwaltung, um beim gutgläubigen Bürger das Mass des Misstrauens voll zu machen und auch ihn zu der Forderung zu veranlassen: Durchbrechen wir das Monopol der Werke! Kehren wir zurück zum Primat der Politik, und weisen wir die Technologie in ihre Schranken!

## 3. Primat der Politik und Sachzwang der Technik

Der Vorwurf, dass sich die Werke im Widerspruch zu den Wünschen des Bürgers «technokratisch» verhalten, hat allerdings noch andere Gründe. Einen Stein des Anstosses bildet vor allem das unaufhaltsam scheinende Wachstum des Energieumsatzes, gegen das die Werke offenbar nichts zu unternehmen gedenken. Denn sie planen munter weiter, ohne sich um den Wunsch nach Wachstumsstopp zu kümmern. Dabei werden aber Ursache und Wirkung verwechselt. Schliesslich sind es ja nicht die Werke und ist es nicht die Verwaltung, welche dem Bürger aus eigenem Antrieb immer neue technische Entwicklungen und neue Grossprojekte aufdrängen. Es sind vielmehr Milliarden individueller Entscheidungen, welche den Technokraten zum Handeln zwingen, wenn er die ihm gestellten Auf-

gaben erfüllen will. Dass er sich dabei innerhalb der Grenzen bewegen muss, welche ihm der «heutige Stand der Technik» auferlegt, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Und dass es ihm dabei manchmal an Phantasie und Weitblick zu fehlen scheint, ist meist auf Unkenntnis der technischen Randbedingungen zurückzuführen, unter denen er operiert. Jedenfalls kann ein Widerspruch zwischen Technokratie und Politik aus diesem Verhalten nicht abgeleitet werden.

Wenn dennoch technokratische Entwicklung und politisches Wollen immer wieder auseinanderklaffen, dann liegt dies an etwas anderem: Daran, dass sich die politische Willensbildung im allgemeinen nicht nach zähl- und wägbaren Kriterien vollzieht und die Zielkonflikte, die in den politischen Forderungen enthalten sind, von den Bürgern und ihren Vertretern oft nicht wahrgenommen werden. Daran, dass die öffentliche Meinung sehr schnell vergisst, was sie noch vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren gefordert hat, während der Ingenieur oder «Technokrat» von den überkommenen technischen Strukturen und Gegebenheiten auszugehen hat. Daran auch, dass sich viele Bürger und Politiker der Grenzen der Technik zuwenig bewusst sind. Allerdings sind die Ingenieure und Techniker für die übersetzten Erwartungen der Politik in die Technik selbst mitverantwortlich, da sie sich der dummen These, dass «technisch alles machbar ist», weder rechtzeitig noch mit dem erforderlichen Nachdruck entgegengestellt haben.

### 4. Übermächtige Wirtschaftsinteressen?

Der Hinweis, dass gerade im Bereich der Energieversorgung keine anonymen Kräfte am Werk sind, sondern dass vor allem die «Diktatur des Konsumenten» den Gang der Entwicklung bestimmt, wird von den Kritikern der Werke nicht akzeptiert. Nach ihrer Auffassung ist der Einfluss des Konsumenten gering. Von übermächtigen Wirtschaftsinteressen, denen die Werke willig zu Diensten stehen, wird er, so lautet ihre Behauptung, zum Konsum energieverschlingender Geräte und zur Verschwendung von Energie «verführt». Auf Grund der «Verfilzung» von Staat und Wirtschaft seien die erforderlichen Korrekturen schwierig, und nur unter grossem politischem Druck bequemten sich die Behörden und die Werke dazu, die erforderlichen Reformen und Massnahmen einzuleiten.

Die These von der rigorosen Durchsetzung der unternehmenspolitischen Ziele grosser Wirtschaftsunternehmungen auch gegen die «wahren» Bedürfnisse der Verbraucher ist seit J.K. Galbraiths «New Industrial State» immer wieder vertreten und genau so oft widerlegt worden, und im speziellen Fall der Energieversorgung ist dies nicht anders, auch wenn einzelne Sachverhalte diese These bei oberflächlicher Betrachtung zu stützen scheinen. Vielzitierte Beispiele in diesem Zusammenhang sind die Errichtung von Supermärkten in der Nähe der Bevölkerungszentren oder die aufwendige Verpackung der zum Verkauf angebotenen Waren. In beiden Fällen geben Handel und Industrie zu dem Vorwurf Anlass, sie verursachten einen unnötigen Energiemehrverbrauch und zwängen den Konsumenten, seinen eigenen Interessen, welche auch das Energiesparen umfassen, zuwiderzuhandeln.

Letztlich liegt aber allen diesen unternehmerischen Entscheiden das individuelle Verbraucherverhalten zugrunde. Die Zusammenhänge sind in Wirklichkeit komplizierter, und es ist keinesfalls möglich, einen einzelnen Sektor für derartige Entwicklungen verantwortlich zu machen.

### 5. Versagen der Marktwirtschaft?

Die Behauptung von der energiewirtschaftlichen Manipulation der Verbraucher ist also wenig stichhaltig. Andererseits lassen sich gewisse Charakteristika der Marktwirtschaft, welche energiepolitisch erschwerend wirken, nicht übersehen. Die Entwicklung moderner Volkswirtschaften folgt ihren eigenen Gesetzen. Sie fördert Prozesse, welche in Teilbereichen ein weiteres Anwachsen des Energiebedarfs (Nutzenergie, nicht notwendigerweise Primärenergie) unausweichlich erscheinen lassen. Man denke nur an die Zerstörung der Städte durch den Motorfahrzeugverkehr, welche zur Stadtflucht beiträgt, was wieder neuen Motorfahrzeugverkehr mit gleichen Folgen auslöst. Man denke an das Verhältnis Hausbesitzer–Mieter, dessen energiewirtschaftliche Problematik vor allem in der Möglichkeit des Vermieters besteht, höhere Energiepreise mit einem Federstrich auf den Mieter zu überwälzen, ohne selbst mit Sparmassnahmen auf diese Preiserhöhungen reagieren zu müssen.

Die Zweifel an der Fähigkeit der Marktwirtschaft, im Energiebereich das Richtige herbeizuführen, sitzen jedoch tiefer. Sie gründen auf den Verdacht, dass sie nicht in der Lage ist, die mit der notwendigen Verminderung der Ölabhängigkeit verbundenen Probleme von sich aus ohne schwere soziale Erschütterungen zu bewältigen. Für diese Annahme gibt es manche Gründe. Der Markt ist blind für die langfristigen Erfordernisse der Energieversorgung, und es besteht die Gefahr, dass der rechtzeitige Anschluss an neu zu entwickelnde Energiearten und -systeme ohne staatliche Hilfe nicht erreicht wird. Auch die Unternehmen der Versorgungswirtschaft handeln im allgemeinen nur nach kurz- und mittelfristigen Gesichtspunkten. Sie müssen in erster Linie ihre Zahlungsfähigkeit im Auge behalten, sich also viel mehr am Alltag orientieren als an langfristigen politischen Zielen, auch wenn sie diese durchaus erkennen.

Dies gibt aber noch keine Veranlassung, in die Geschäftsführung von Energieversorgungsunternehmen einzugreifen. Eine staatliche Intervention ist allenfalls im Bereich der allgemeinen staatlichen Rahmenbedingungen angezeigt. Dies bedeutet, dass der Schwerpunkt des staatlichen Handelns auf fiskalische oder monetäre Massnahmen (Subventionen, Energiesteuer, steuerliche Begünstigung von Energiesparinvestitionen usw.) zu legen ist. Die private Wirtschaft und die Energieversorgungsunternehmen haben sich dann an diese Rahmenbedingungen anzupassen.

### 6. Vermeintlicher Schalthebel der Macht

Weder die notwendigerweise technokratische Form der Energieversorgungsplanung noch tatsächliche oder vermeintliche Mängel der Marktwirtschaft bieten somit eine ausreichende Handhabe, den politischen Einfluss auf die Versorgungsunternehmen, gemessen an bisherigen Regelungen, wesentlich zu verstärken. Das wirkliche Motiv für diese Versuche ist denn auch an anderer Stelle zu suchen und hat mit der zentralen Funktion zu tun, welche die Energie im Wirtschaftsleben einnimmt. Wohl lassen sich einzelne Energieträger, nicht aber die Energie als solche im Produktionsprozess substituieren. Dies bedeutet, um die polemische und zugleich verräterische Stellungnahme eines Vertreters der Schweizerischen Energiestiftung zu zitieren: «Wer Energie hat, hat Macht.» Und diese Macht gilt es jetzt auszuüben. Sie wird ja auf lokaler

und regionaler Ebene noch kaum genutzt. Die Energieverteiler beschränken sich ja bis heute im wesentlichen auf eine neutrale Mittlerrolle: Verteilung der Energie in den Mengen und zu den Preisen, wie sie vom Markt bzw. von den Kosten her diktiert werden.

Was liegt nun näher, als diese strategisch wichtige Position der Energie ihrer neutralen Funktion zu entkleiden und sie in eine Schaltstelle wirtschaftspolitischer Macht umzugestalten? Wenn der einzelne Energiekonsument nicht nach meinen Vorstellungen handelt, dann muss ich ihn eben durch die Kontrolle von Mengen, Preisen und Verwendungsbedingungen der zu liefernden Energie dazu bringen! Ich brauche ja nur die technischen Schalthebel der Werke zu betätigen, um die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Weichen in meinem Sinne zu stellen!

Damit geraten die bisher «unpolitischen» Werke in zunehmendem Masse in das nicht immer klare Fahrwasser der Politik. Es geht dabei nicht darum, ob diese Entwicklung wünschbar ist oder nicht, denn sie scheint so oder so unvermeidlich. Es stellt sich aber die Frage, wie die Werke in einer immer mehr von falschen Erwartungen und Misstrauen, technischem Bruchstückwissen, bewussten Fehlinterpretationen und verborgenen politischen Absichten, aber auch von viel Idealismus und gutem Willen geprägten Diskussion der Energiepolitik reagieren sollen. Manches spricht dafür, dass gerade die Werke zu einer vernünftigen energiepolitischen Bewusstseins- und Willensbildung beitragen können. Vor allem ist es aber auch ihre Pflicht, der Bevölkerung klarzumachen, dass sie kein Instrument sind, mit dem politische Macht- und Entscheidungskonflikte ausgetragen werden dürfen.

## 7. Notwendige Lernprozesse

Die meisten Werke haben sich bis heute mit dem Gedanken, eine aktivere politische Rolle übernehmen zu müssen, noch nicht abgefunden. Die anstehenden Aufgaben in der Energieversorgung lassen sich jedoch nur lösen, wenn zwischen Werken, Verwaltungsbehörden und Öffentlichkeit eine weitestgehende Übereinstimmung über das zu wählende Vorgehen und geeignete Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Die hierzu notwendigen Lernprozesse dürfen dabei keineswegs nur in einer Richtung verlaufen. Auch die Werke selbst haben zu lernen, auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Die Planung der Energieversorgung muss sich stärker als bisher von den Zielsetzungen der Bevölkerung und der Parlamente leiten lassen, ohne aber ins Utopische oder Illusionäre abzugleiten. Nur so können auch die negativen Begleiterscheinungen der technokratischen Planung überwunden werden.

Ein dringendes Bedürfnis nach einem vermehrten Dialog zwischen Werken, Behörden und Öffentlichkeit besteht vor allem hinsichtlich folgender dreier Themenkreise:

*Technisch-wirtschaftliche Fragen*

Hier geht es vor allem um die Aufklärung der Bevölkerung über das technisch Machbare, über Kosten und Wirtschaftlichkeit technischer Lösungen sowie deren Auswirkungen auf die Umwelt. Grundlage für den Dialog in diesem Bereich bieten am besten lokale und regionale Versorgungskonzepte, welche die vorhandenen technischen Alternativen auf der Basis unabhängiger Gutachten darlegen. Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass selbst gut informierte Parlamentarier oft nicht in der Lage sind, konzeptionell zu denken. Die Auseinandersetzung über Grundsatzfragen konzeptioneller Natur muss deshalb oft im Zusammenhang mit konkreten Ausbauvorhaben geführt werden, und dabei können die Werke auch einen besonders wichtigen Beitrag leisten.

Ein weiteres wichtiges Teilgebiet, welches eine Intensivierung des Dialogs mit der Öffentlichkeit voraussetzt, sind die Fragen der Tarifbildung. Nur wenn die Tarifbildungsprinzipien auch den politischen Wünschen angepasst werden und wenn vollständig und rechtzeitig über die Folgen tarifpolitischer Entscheide (oder deren Verzögerung) informiert wird, kann in der Bevölkerung Verständnis für die erforderlichen Massnahmen geschaffen werden.

*Fragen der Demokratisierung der Planung*

Von vielen Seiten wird heute verlangt, die Energieversorgung so weit wie möglich zu dezentralisieren. Von der Dezentralisierung wird unter anderem eine stärkere Demokratisierung und ein Abbau sowohl der «Verwaltungsmacht» als auch der «Monopolstellung» der Werke erhofft. Da die dezentrale Planung von vorneherein die Mitwirkung der Bevölkerung voraussetzt, besteht gemäss ihren Befürwortern auch nicht die Gefahr einer «Repolitisierung» der Planung zu einem späteren Zeitpunkt, wohingegen sich die technokratische Planung immer wieder vom demokratischen Willensbildungsprozess loslöst und sich der Stimmbürger dann über kurz oder lang genötigt sieht, bestimmte Vorhaben unter Sachzwang nachträglich zu legitimieren.

Nun ist sich jeder Fachmann darüber im klaren, dass sich zentrale und dezentrale Energieversorgungsplanung nicht widersprechen, sondern gegenseitig ergänzen. Er weiss ferner, dass es immer dezentrale Entscheide sind, welche die zentrale Planung erst notwendig machen. Er ist sich vor allem aber auch bewusst, dass dezentrale Versorgungsplanung eine politische Münze ist, die spätestens beim Versuch der praktischen Verwirklichung stark entwertet sein wird. Denn vieles, was heute noch dezentral möglich erscheint, insbesondere die vielgerühmte dezentrale Wärme-Kraft-Kopplung, wird (falls es dazu kommt) morgen dem Staat als neue Aufgabe übertragen werden müssen. Mit der dezentralen Energieversorgung werden die Aufgaben der Werke und der Verwaltung nicht zurückgehen, sondern mit Sicherheit zunehmen. Es wird aus diesem Grunde grosser Anstrengungen bedürfen, um der Bevölkerung klarzumachen, dass der damit einhergehende «Machtzuwachs» nicht in irgendeiner Monopolstellung der Werke, sondern im allseits gewünschten Ausbau der Interventions- und Leistungsaufgaben und damit im Funktionswandel des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft begründet ist.

*Grundsätzliche wirtschaftspolitische Fragen*

Heikle Lernprozesse stehen uns auch im allgemeinen wirtschaftspolitischen Bereich bevor. Unter dem Druck internationaler Vereinbarungen und infolge des schwindenden Vertrauens in die Marktkräfte im Energiesektor legen die Politiker auf der nationalen Ebene weitreichende Spar- und Substitutionsziele fest. Diese Ziele sind in der Regel ökonomisch gut fundiert und auf andere Ziele von nationaler Bedeutung abgestimmt, nehmen aber oft auf die lokalen oder regionalen Bedürfnisse und Gegebenheiten wenig Rücksicht. Die politische Willensbildung auf der lokalen Ebene schöpft andererseits mit

Vorliebe aus dem unermesslichen Reservoir der populären Diskussion um Wirtschaftswachstum, «Entkoppelung», Umweltschutz und Beschäftigung und konzentriert sich vor allem auf jene Punkte, welche im Hinblick auf die nächsten Wahlen attraktiv erscheinen. Im Spannungsfeld nationaler Ziele und lokaler Wünsche haben Werke und Verwaltungsbehörden auch zu diesen Grundsatzfragen Stellung zu beziehen.

Dabei ist die Wachstumsfrage die entscheidende. Noch sind die Meinungen über diese Frage sogar in der Wissenschaft vielfach kontrovers. Und noch fehlen die gesamtwirtschaftlichen Belege, um diese oder jene These empirisch untermauern oder zurückweisen zu können. Auch werden sich die Vertreter der Werke kaum die Kompetenz anmassen wollen, die Fragen um Wachstum und «Entkoppelung», soweit das heute möglich ist, vollständig zu überblicken. Auf Grund ihrer Sacherfahrung und ihrer Einsicht in die Zusammenhänge sind sie aber durchaus in der Lage, darauf hinzuweisen, dass «Entkoppelung» ein gefährliches Schlagwort ist und dass die Aufrechterhaltung hoher Wachstumsraten bei sinkendem Energieverbrauch, womöglich bei gleichzeitigem Verzicht auf Kernenergie, schon aus technischen Gründen auf die Dauer nicht möglich ist. Und es gehört auch nicht viel mehr als gesunder Menschenverstand dazu, um zu erkennen, dass umfassende und weitreichende Programme zur Durchsetzung von Energieeinsparungen und alternativen Energien einen dämpfenden Einfluss auf das Wachstum der Kapitalproduktivität haben werden. Wer solche Programme unterstützt, tut gut daran, an der Machbarkeit hoher Wachstumsraten zumindest zu zweifeln und einen Dialog mit der Öffentlichkeit einzuleiten, um zu erfahren, ob sie wirklich bereit ist, in Zukunft auf weiteren wirtschaftlichen Fortschritt und die damit verbundenen Konsequenzen zu verzichten.

## 8. Voraussetzungen des Dialogs

Ist ein sachlicher Dialog über die Fragen der Energieversorgung überhaupt möglich? Muss die Öffentlichkeit und müssen die sie repräsentierenden Politiker mit dieser Materie überhaupt im Detail befasst werden? Können Behörden und Werke nicht mehr erreichen, indem sie versuchen, möglichst viele Fragen von vornherein der politischen Entscheidung und Auseinandersetzung zu entziehen? Und falls dies nicht möglich ist, wäre es dann nicht besser, den Lauf der Dinge der Konkurrenz der Interessengruppen zu überlassen, anstatt den mühsamen Weg des offenen Gesprächs zu beschreiten?

Es bedarf keiner Begründung, dass die Antwort auf diese Fragen nur ein entschiedenes Nein sein kann. Auf der andern Seite sind die grossen praktischen Schwierigkeiten eines sachlichen Dialogs nicht zu übersehen. Erfolgreiche Lernprozesse setzen zunächst die Bereitschaft zum Lernen voraus, und diese Bereitschaft ist sicher nur begrenzt. Eine zweite Forderung ist ein sowohl sachkundiger als auch verantwortungsbewusster Journalismus – eine Forderung, die, wie zahlreiche Anlässe in den letzten Jahren gezeigt haben, in vielen Fällen noch nicht hinreichend erfüllt ist. Unerlässlich ist ferner ein möglichst hohes Mass an Vertrauen der Bürger in die Werke und in die zuständigen Behörden, um das sich deren Leiter ständig bemühen müssen.

Entscheidend für den erfolgreichen Ablauf der erforderlichen Lernprozesse ist jedoch nicht nur die instrumentelle Seite der Information und Kommunikation, sondern die «Philosophie», welche dahintersteckt. Und in dieser Hinsicht ist darüber nachzudenken, ob Werke und Behörden nicht in viel stärkerem Umfange als bisher der Öffentlichkeit, d.h. den Bürgern und Politikern, Fragen vorlegen sollten, anstatt sie wie bisher vorwiegend mit bereits «fertigen» Antworten zu konfrontieren. Die Fachleute sollten, mit anderen Worten, die Politiker provozieren, indem sie die einzelnen Massnahmen aufzeigen und die Tragweite der möglichen Entscheide sichtbar machen.

Der Exekutive kommt bei der angedeuteten Form des Dialogs und dessen Umsetzung in die politische Praxis die Schlüsselrolle zu. Sie hat die Aufgabe, die von den Werken und Verwaltungsbehörden durchgeführte Planung in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen und von der politischen «Basis» her im Sinne einer «Rückkoppelung» wieder neue Forderungen und Gesichtspunkte in den Planungsprozess einzubringen. Diese Funktion der Exekutive ist auch deshalb wichtig, weil die Verwaltung immer wieder der Versuchung unterliegt, politisch offene Handlungsspielräume selbst zu gestalten. Durch Verfahren, welche von Anfang an eine Mitwirkung der politischen Gremien und der Öffentlichkeit sicherstellen, kann diesem Trend entgegengesteuert werden. Die fachtechnischen Instrumente für diese Verfahren sind in den meisten Kantonen und grösseren Städten in den letzten Jahren in der Form von Energiekonzepten, -leitbildern oder -szenarios geschaffen worden.

## 9. Ist die Politik überfordert?

Trotz guter staatsrechtlicher und fachtechnischer Voraussetzungen mag es zweifelhaft erscheinen, ob sich die Energiefrage überhaupt für einen politischen Lernprozess eignet. Sind die Politiker und sind die politischen Institutionen mit dieser komplexen Materie nicht überfordert, ganz abgesehen von der weiteren Öffentlichkeit, welche nur den Wunsch hat, ihren Komfort und ihren hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, ohne Verhaltensänderungen oder Einschränkungen in Kauf zu nehmen?

Was zunächst den Politiker betrifft, so ist festzustellen, dass er schon von seiner Funktion her nicht überfordert sein kann, denn er ist definitionsgemäss für alle Fragen des öffentlichen Lebens zuständig. Zwar wird er immer nur einen Teilbereich des gesamten politischen Entscheidungsspektrums fachlich selbst kompetent beurteilen können. Dies ist aber nicht entscheidend. Wie in vielen anderen Fällen wird er sich auch in der Energiefrage auf den Rat von Fachexperten stützen und sich im Widerstreit der Expertenmeinungen vor allem auf seine persönliche Urteilsfähigkeit verlassen müssen. Wäre der Politiker nicht zumindest in diesem Sinne kompetent, dann müsste die demokratische Staatsform grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Eine gewisse Einarbeitung in die fachliche Problematik der Energiefragen ist aber auch für den Politiker (und speziell für Mitglieder energiepolitischer Fachausschüsse) unerlässlich, da sonst alle Versuche eines Dialogs zwischen Fachleuten und Bürgern zum Scheitern verurteilt sind. Die Vorstellung, der Politiker verfüge über das «Know what» in der Energiepolitik, und der Technokrat habe dann den Willen der Politik mit seinem «Know how» auszuführen, ist grundfalsch und hat sicher zu jener Schärfe und Erbitterung beigetragen, welche die energiepolitische Auseinandersetzung der letzten Jahre

gekennzeichnet hat. Viele Politiker werden selbst zunächst einen Lernprozess vollziehen müssen, bevor sie sich als Mittler im Dialog zwischen Öffentlichkeit, Verwaltung und Werken segensreich betätigen können.

Von einer Überforderung des Politikers kann also nicht gesprochen werden. Eine andere Frage ist, ob die politischen Institutionen zur Bewältigung der Energieprobleme ausreichen. Dass es von dieser Seite her Schwierigkeiten geben könnte, scheint, oberflächlich betrachtet, wenig wahrscheinlich. Wie sich der politische Entscheidungsprozess abspielen kann, wird gegenwärtig beispielsweise im Rahmen der Behandlung der Gesamtenergiekonzeption in vorbildlicher Weise demonstriert: Vorparlamentarisches Sachverständigengremium, Erarbeitung von Szenarios, Vernehmlassungsverfahren, Vorschlag der Regierung, parlamentarisches Verfahren – ein Vorgehen, das in der einen oder anderen Form auch auf lokaler und regionaler Ebene möglich erscheint und das dort auch Raum lässt für unterschiedliche Lösungen entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten und Zielsetzungen.

Ein Nachteil dieses Verfahrens liegt in seinem grossen Zeitbedarf. Wichtige Entscheide werden unter Hinweis auf die Notwendigkeit zusätzlicher Sachverständigengutachten auf die lange Bank geschoben. Bis ein «referendumsfähiger» Entscheid der Exekutive zustande kommt, vergehen viele Jahre, die möglicherweise für die rechtzeitige Bewältigung der Energieprobleme verlorengehen. Dauert dieser Prozess zu lange, werden jene Gruppen, welche der offiziellen Energiepolitik ablehnend gegenüberstehen, auch in ihrer Auffassung bestärkt, dass grundlegende Veränderungen im Energiebereich nur noch gegen die organisierte gesellschaftliche Macht möglich sind. Parallel zu dem erwähnten Verfahren sollten deshalb gerade auf lokaler und regionaler Ebene energiepolitische Anstrengungen auf freiwilliger Basis unternommen werden. Viele Werke haben die Zeichen der Zeit erkannt, indem sie beispielsweise selbst dezentrale Energieversorgungsanlagen erstellen, überholte tarifarische Bestimmungen aufheben oder zur Verhinderung fragwürdiger Arten der Energieverwendung konkrete Auflagen machen.

## 10. Globale Zielsetzung und individuelle Verantwortung

Die Erwartungen in energiekonzeptionelle Lösungen dürfen ohnehin nicht zu hoch gesetzt werden. Für die notwendigen Lernprozesse ist das Energiekonzept unerlässlich. Seiner Verwirklichung «tel quel» sind jedoch schon deshalb Grenzen gesetzt, weil die Konflikte, welche im konzeptionellen Entwurf oft nur versteckt enthalten sind, erst bei der Herauslösung einzelner Sachfragen in der Tagespolitik offenbar werden. «Energiekonzept» in diesem Sinne ist kein schriftlicher Bericht und auch kein Bündel von Szenarios, sondern ein politischer Prozess. Der schriftliche Bericht mit seinen Szenarios hat aber durchaus seine Bedeutung: Er zwingt die Politiker zur Stellungnahme. Er fordert einzelne Gruppen der Bevölkerung dazu heraus, ihre Vorstellungen ebenfalls zu präzisieren. Die Verwaltung ihrerseits wird veranlasst, ihre Vorschläge laufend kritisch zu überprüfen. Das Energiekonzept hat seinen Zweck schon dann erfüllt, wenn bei diesem Prozess das Bewusstsein des einzelnen für die energiepolitische Verantwortung, welche ihm bei seinem täglichen Handeln im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen zukommt, geschärft wird.

Die Beziehungen zwischen Versorgungsunternehmungen, Staat und Öffentlichkeit sind letztlich ordnungspolitischer Natur. Die entscheidende Frage der Zukunft lautet, ob das Verhalten des einzelnen in all seinen Funktionen als wirtschaftlicher Entscheidungsträger und damit auch als Konsument durch vermehrte staatliche Kontrolle und Intervention korrigiert werden muss, wenn die Energieversorgung auch weiterhin sichergestellt und wenn die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung gewährleistet werden soll. Oder mit anderen Worten: Ob ein Verlust an individueller Freiheit in Kauf genommen werden muss, um die Nachteile und Gefahren möglicher zukünftiger Versorgungsengpässe und unkontrollierter Preissteigerungen zu vermeiden. Unter diesem Aspekt kommt auch den Energieversorgungsunternehmungen eine erhöhte öffentliche Verantwortung zu, welche ein stärkeres Engagement bei der Erfüllung der Postulate Sparen und Substituieren sowie beim Ablauf und bei der Gestaltung der erforderlichen Lern- und Entscheidungsprozesse notwendig macht.

### Literatur


[1] *W. Linder, B. Hotz, H. Werder:* Planung in der schweizerischen Demokratie. Bern 1979.

[2] *K. Fränz:* Die Einstellung der Öffentlichkeit zu Naturwissenschaft und Technik, in: Der Elektroniker, Nr. 11, 1975.

[3] *K. Schmid:* Wissenschaftliches und politisches Denken. Heft 13 der Veröffentlichungen der Aargauischen Handelskammer, 1972.

[4] *P. Tschopp:* Volkswirtschaftliche Aspekte der Energieversorgung, in: Optimale Energienutzung, Referate der Energietagung der Pro Aqua Pro Vita 80, herausgegeben von W. Hunzinger, Basel 1980.

[5] Energie, Kirche und Gesellschaft, Studien und Berichte aus dem Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Nr. 30, 1980.

[6] Wer Energie hat, hat Macht. Interview mit Dr. F. Jaeger, SES-Präsident. Schweizerische Handelszeitung Nr. 35, 31. August 1978.

[7] *F. Wanner:* Die Elektrizitätswirtschaft unter politischem Beschuss, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 205, 1978.

[8] Elektrizitätswirtschaft und Öffentlichkeit, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 174, 1978, (scr.).

[9] *H.K. Schneider,* Zur Konzeption einer Energiewirtschaftspolitik, in: Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft. Essen, 1967.

[10] Geschwundenes Vertrauen in die Marktkräfte, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 148, 1980. (Hm.).

[11] Leitfaden für die Öffentlichkeitsarbeit des Elektrizitätswerkes, herausgegeben vom Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke. Zürich 1977.


### Adresse des Autors


*H. Schweikert,* Dr.rer.pol., Direktionsstab der Industriellen Werke Basel, Margarethenstrasse 40, 4053 Basel.